



PARTEI und Volt –Ratsgruppe
Büroleitung: Lisa Balkenhol

Hiroshimaplatz 1 – 4
37083 Göttingen,
☎ 0551 400 3077,
✉ parteiundvolt-ratsgruppe@goettingen.de

Göttingen, 02.06.2022

**Anfrage für die Ratssitzung am 17.06.2022:
Auswirkungen gesundheitlicher Probleme auf Verbeamtung**

Jede*r Anwärter*in auf einen Beamtenposten muss ihre/seine Gesundheit nachweisen. Oftmals wird die Verbeamtung versagt, wenn sich die Person in Psychotherapie befindet.

Wir fragen die Verwaltung:

1. In welcher Form prüft die Verwaltung Stadt Göttingen die körperliche und psychische Gesundheit von Beamtenanwärter*innen?
2. Was sind gesundheitliche Ablehnungsgründe für eine Verbeamtung?
3. Ist die Psychotherapie von Beamtenanwärter*innen ein Ablehnungsgrund?

Wenn ja, warum?

4. Ist die Einstellung von Personen, die sich bei psychischen Erkrankungen keine Hilfe suchen, gegenüber der von Therapierten zu bevorzugen?
5. Wann werden Beamtenanwärter*Innen über eventuelle Schwierigkeiten hinsichtlich einer Verbeamtung im Kontext einer vorherigen Therapie informiert?
6. Entstehen für Beamtenanwärter*Innen, die in Therapie waren, im Falle einer Einstellung finanzielle oder versicherungstechnische Nachteile?

Begründung:

Psychische Problem sind weit verbreitet und nicht jedem gleich anzusehen. Ob Burnout, Depressionen oder Suchterkrankungen- oftmals gelingt es Betroffenen ihr Leiden lange vor anderen zu verbergen. Leider sind psychische Erkrankungen noch immer ein Tabuthema und werden in unserer Leistungsgesellschaft als Schwächen missdeutet. Obwohl es oft viel Kraft erfordert eine Therapie zu beginnen und auch durchzuhalten, gibt es kaum Anerkennung dafür, sondern gilt in vielen Kreisen nach wie vor als ein Makel.

Als Arbeitgeber*in sollte die Stadt Göttingen ihre Bediensteten dabei unterstützen auf ihre psychische Gesundheit zu achten und im Ernstfall eine Therapie zu machen und dies dann auch vollumfänglich unterstützen.

Kill Y. Lampe 